

LESER SCHREIBEN DER WZ

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, sie entscheidet auch über deren Veröffentlichung.

Muss erst ein Kind sterben?

Betr.: Unfall zwischen Hasberg und Westerharl

Der Unfall ist das traurige Ergebnis unserer täglichen Erfahrungen hier zwischen Kroge und Westerharl; bereits seit längerem war uns klar, dass so etwas passieren würde. Hier finden tägliche Missachtungen der Verkehrsregeln (Geschwindigkeitsüberschreitung, Überholen innerhalb geschlossener Ortschaften, usw.) statt. Seit Jahren predigen wir der Gemeinde und dem Landkreis, doch zu anderen Zeiten Geschwindigkeiten zu messen, die dann diametral zu den veröffentlichten Ergebnissen stehen. Weiter besteht die Angst um unsere Kinder, die zu den stark frequentierten Zeiten entweder zur Schule müssen (Bushaltestelle auf der anderen Seite der Straße) oder im Bereich unserer Häuser spielen wollen (der typische Ball, der vom Grundstück auf die Straße rollt – die frühere Sendung „7. Sinn“ lässt grüßen). Ich glaube, kein Fahrzeugführer möchte in seinem Leben ein Kind tot gefahren haben, nur weil er sportlich und voller Hingabe seiner Hobby passion, dem Rennwagenfahren, nachgekommen ist. Auch allen Eltern möchte man doch so ein Erlebnis ersparen.

Nachts bzw. abends wird die Strecke ab Ortseingang Westerharl bis Kroge gerne zur Rennstrecke erklärt. Ist ja auch irgendwie nachzuvollziehen – nachts oder spät abends wird kein Mitarbeiter der Gemeinde oder des Landkreises einen Blitzer betreuen. Die aus Kroge kommenden Fahrzeuge beschleunigen bereits in Hasberg in Höhe der Linkskurve Richtung Westerharl – entweder aus Unwissenheit, dass die Ortschaft gegebenenfalls gegenüber des von dort aus sichtbar letzten Hauses auf der rechten Seite endet, oder absichtlich, um Schwung zu holen, auch aus Westerharl Richtung Kroge.

Wie oft will der Landreis als zuständige Behörde mit ihren Messmethoden und -zeiten und der dazugehörigen Messtafel die Fahrzeugführer lediglich auf etwas hinweisen, bis etwas passiert? Wir fordern seit Jahren Alternativen, zum Beispiel die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 70 km/h zwischen Kroge und Westerharl. Darüber hinaus einen Blitzer, weil die Gemeinde Bomlitz so bestimmt ihre derzeitige Haushaltslage – wenn auch nicht vollständig – verbessern könnte, besser noch 50 km/h. Dies wurde durch den zuständigen Sachbearbeiter bereits abgelehnt. Aber jetzt ist wirklich etwas bedauerlicher Weise passiert, was die Verkehrsplaner aufhorchen lassen sollte. Nun bin ich, respektive sind wir, in Hasberg und Westerharl gespannt, was die Lehre dieses Unfalls sein wird. Offensichtlich muss wirklich erst ein Kind an- bzw. umgefahren werden und sterben. Aber dann habe ich die Befürchtung, dass dies juristisch sicher korrekt als „Einzelfall“ angesehen wird. Oder es ändert sich wirklich etwas. Natürlich. Ich

Leserbrief



kann auch hoffen, dass der Postmann irgendwann bei mir klingelt und mich fragt, ob ich Millionär werden möchte. Beides unwahrscheinlich. Gerne laden wir die Entscheidungsträger ein, sich zu entsprechenden Zeiten ein persönliches Bild vom Verkehr zu machen.

Alexander Salos, Hasberg

Fragen an die politisch Verantwortlichen

Betr.: Artikel „Lange ist die Selbstständigkeit nicht mehr zu halten“, 26. Juli

Frage an die amtierenden Bürgermeister bzw. Stellvertreter und Ratsmitglieder der Stadt Rethem: 1. Mit welchem Hintergrundwissen erteilt ein ehemaliger Bürgermeister der Stadt Rethem der jetzigen Kommunalverwaltung Rats schläge in Beziehung auf Eingliederung bzw. der Eingemeindung der Stadt Rethem/Samtgemeinde Rethem in die Stadt Walsrode?

2. Sind Bürgermeister/Stellvertreter und Rat derartige Aktivitäten des ehemaligen Bürgermeisters bekannt? 3. Mit welcher Legitimation führt ein ehemaliger Bürgermeister diesbezügliche Gespräche mit der Frau Spöring?

Es ist für mich, als Rethemer Bürger, folgendes nicht nachvollziehbar: 1. Der ehemalige Bürgermeister hat mit seinem Handeln die Situation der Stadt Rethem herbeigeführt, die er jetzt als Argument für die Eingemeindung in die Stadt Walsrode anführt. 2. Der ehemalige Bürgermeister hat mit seinen Aktivitäten der überzogenen Entwässerungsmaßnahmen und Grundwasserabsenkungen im Stadtbereich Rethems erhebliche Schäden an Straßen und Gebäuden verursacht. So auch die Senkschäden am Rathaus in Rethem.

3. Das politische Wirken des ehemaligen Bürgermeisters hat die Errichtung einer Ortsumleitung der Bundesstraße 209 und den Bau des notwendigen zweiten Allerüberganges verhindert. Der örtliche Durchgangsschwerlastverkehr hemmt Ansiedlungen kleingewerblicher Betriebe an Rethemer Ortsstraßen.

4. Kommunalpolitische Entscheidungen mit eventuell nachteiliger Auswirkung auf landwirtschaftliche Belange, wie etwa die Ausweisung von Gewerbeflächen, sind vom ehemaligen Bürgermeister aktiv umgangen worden.

5. Als Abschluss die Errichtung eines für Rethem überdimensionierten Kulturzentrums in Allernähe. Die jährlich anfallende Belastung führt zur Anhebung des steuerlichen Hebesatzes. Situationen, die heute die Stadt Rethem erheblich belasten, Hemmnisse für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung darstellen und nun Grund zur kommunalen Selbstaufgabe sein sollen.

Rainer Berwardt, Rethem

„Den Blick für das Ganze bewahren“

Betr.: Leserbrief „Wir Bomlitzer sind es satt“

Da hat der dem Industriepark kritisch gegenüberstehende Herr Steudle aber mal gehörig Dampf abgelassen. Obwohl ich seine Meinung respektiere und in dem Punkt, wo es um die Gewerbesteuer geht, voll auf seiner Seite bin, kann ich als ehemaliger Betriebsrat und aktiver Gewerkschafter vor Ort das so nicht stehen lassen. Einem Unternehmer zu sagen, es soll seine Investitionen sonst wo tätigen, aber eben nicht mehr in Bomlitz, kommt einem Todesstoß für die Beschäftigten gleich. Dazu muss man sagen, dass die Gemeinde Bomlitz und ihre Bürger jahrzehntelang von

den Gewbesteuererinnahmen der damaligen Wolff & Co. bzw. Wolff Walsrode AG ein ziemlich sorgenfreies Leben führen konnten. Die sozialen Standards und die Infrastruktur waren und sind teilweise bis heute auf sehr hohem Niveau, keiner meckerte und alle waren zufrieden. Leider ließen oder lassen es die gesetzlichen Vorschriften nicht zu, dass man in Zeiten sprudelnder Kassen überschüssige Gelder auf die „hohe Kante“ legt, sondern in Kreis- oder sonstige Umlagen fließen lässt.

Als Bayer den Entschluss fasste, sich von der Wolff Walsrode AG zu trennen, wurde das Konzept des Industrieparks entwickelt, hier hatten Betriebsrat und IG BCE ein entscheidendes Wort mitzureden. Statt der sogenannten „Heuschrecken“, sprich Finanzinvestoren, war unsere Maxime, strategische Partner an den Standort zu holen, die die Produktion weiterführen und den größten Teil der Arbeitsplätze erhalten sollten. Das ist bis heute in großen Teilen gelungen, aber nur, weil auch Investitionen getätigt wurden.

Was passiert, wenn in einen Betrieb nicht mehr investiert wird, haben wir in den 90er Jahren mit der Schließung des Zellglasbetriebes leidvoll erfahren müssen. Auch die Nitrocellulose stand schon mehrfach in der Diskussion, deshalb ist es für mich gar keine Frage, dass diese Investition unbedingt getätigt werden muss, und zwar in Bomlitz – und nicht irgendwo auf der Welt. Das sehen sowohl der Betriebsrat als auch wir als Gewerkschaft vor Ort so. Alles andere wäre ein falsches Signal und würde in die falsche Richtung zeigen. Es ist immer für jeden einzelnen von uns schwer, liebgewordene Errungenschaften und soziale Standards auf dem Prüfstand zu sehen, sich gegebenenfalls auch von einigen zu verabschieden, aber bei allen Emotionen muss man immer den Blick für das Ganze bewahren, und das heißt nun mal Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze. Im Übrigen läuft ja auf europäischer Ebene wohl auch ein Gesetzgebungsverfahren mit dem

Ziel, dass Gewinne ausländischer Unternehmen dort zu versteuern sind, wo sie anfallen. Dass man selbst dazu beitragen kann, dass das auch realisiert wird, dazu muss man sich nur die Wahlprogramme der einzelnen Parteien anschauen, zur Wahl gehen und sein Kreuz an der richtigen Stelle machen.

Reinhard Wendt, Vorsitzender der IG BCE OG hohe Heide

Auf Asphaltwerk verzichten

Betr.: Asphaltmischwerk in Krelingen

Der Leuchtturm von Nordney – ein imposantes, wegbereitendes Wahrzeichen. Viele solcher Wahrzeichen gibt es bei uns im Norden. Da kann Krelingen nicht mithalten, bisher sind wir ein typisches Heidedorf mit der Krelingerheide, einem Biotop. Umgeben von viel Wald, zum Teil als Wasserschutzgebiet ausgewiesen. Und nun will die Stadt Walsrode der Entstehung eines Asphaltwerks mit einer Höhe von rund 25 Metern an der südlichen Zugangsstraße nach Krelingen zustimmen, unter anderen Gründen mit dem Hinweis, man brauche neue Gewerbesteuererinnahmen.

Auch Otto Normalverbraucher weiß, dass ein neues Werk hohe Investitionen hat, die den Gewinn schmälern. Und das über Jahre. Bleibt da am Jahresende überhaupt noch etwas übrig? Etwa zehn neue Arbeitsplätze werden entstehen, so wirbt man. Aber in Krelingen gibt es schon seit Jahrzehnten das GRZ (Geistliches Rüstzentrum Krelingen) mit einem großen Freizeit- und Tagungszentrum, einem Reha-Zentrum (Sozialtherapie und berufliche Reha für Menschen mit seelischen Erkrankungen und/oder Suchthintergrund), einem Studienzentrum – um einige Bereiche zu nennen. Bis zu meinem Rentenalter 2013 habe ich gerne im GRZ gearbeitet. Damals waren rund 100 Mitarbeiter in verschiedensten Bereichen tätig. Die Anzahl der Mitarbeiter dürfte sich nicht we-

sentlich seitdem verändert haben. Tolle Mitarbeiter, denen das Wohl der Menschen am Herzen liegt. Was wird aus ihnen und dem GRZ, wenn die Gäste bei Ansiedlung eines Asphaltwerkes ausbleiben? Ich schätze, dass allein die jährlichen Übernachtungszahlen im Freizeit- und Tagungszentrum bei rund 20.000 liegen (es können noch mehr sein!). Und das sind nicht die privaten Gästezahlen im Dorf berücksichtigt. Auf ein solches Wahrzeichen „Asphaltwerk“ verzichte ich gerne.

Helga Jerominski, Krelingen

Alles schon mal dagewesen

Betr.: Stadtverschönerung Walsrode

Da ich auch in der Ferne meine Heimatzeitung aufmerksam lese, habe ich vor ein paar Tagen mit Freunden erfahren, dass man in der Stadt und den Vereinen mal wieder über einige Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Stadt nachdenkt. Da war die Rede von einem Trimmlichpfad in der Eckernworth. Jetzt lese ich etwas von einer Skaterbahn.

Als alter Walsroder ist mir in Erinnerung, dass wir so etwas schon mal hatten, die Stadtväter aber in ihrer unermesslichen Weisheit alles verkommen ließen. Der Trimmlichpfad war im Uhlenbusch. Es gab zwei Laufstrecken mit zusätzlich 20 Übungspunkten. Außerdem gab es eine Schutzhütte. Da ich damals selbst viel gelaufen bin, weiß ich, dass die Strecke viel genutzt wurde. Wenn überhaupt, warum nicht diese Strecke aktivieren?

Eine Skaterbahn war am Klostersee. Da es immer einige Leute gibt, die gegen alles sind, musste sie dort weg und wurde verschämt abgemagert in die Eckernworth verlagert. Für die Kinder zu weit. Außerdem brauchen sie auch Publikum. Ich werde aufmerksam verfolgen, wie und ob die Ideen realisiert werden.

Dieter Stenske, Diemitz

WZ-KLICK: LESERFOTO DER WOCHE



WZ-Klick



Nach dem dauerhaften Regen der vergangenen Tage litten die Menschen im Landkreis Hildesheim unter den Folgen des Hochwassers. Auch im Heidekreis (Bild: nahe der Eilter Brücke) machen sich die hohen Pegelstände bemerkbar. Das Foto einer „trügerischen Idylle“ mailte Annette Hagemann aus Honnerdingen an die Adresse wz-klick@wz-net.de. Haben auch Sie solche spannenden Fotos? Dann mailen Sie sie an die genannte Adresse. Die besten Schnappschüsse werden abgedruckt, (fast) alle anderen erscheinen unter www.wz-